

ZDH-Betriebsbefragung

Auswirkungen des Ukraine-Kriegs

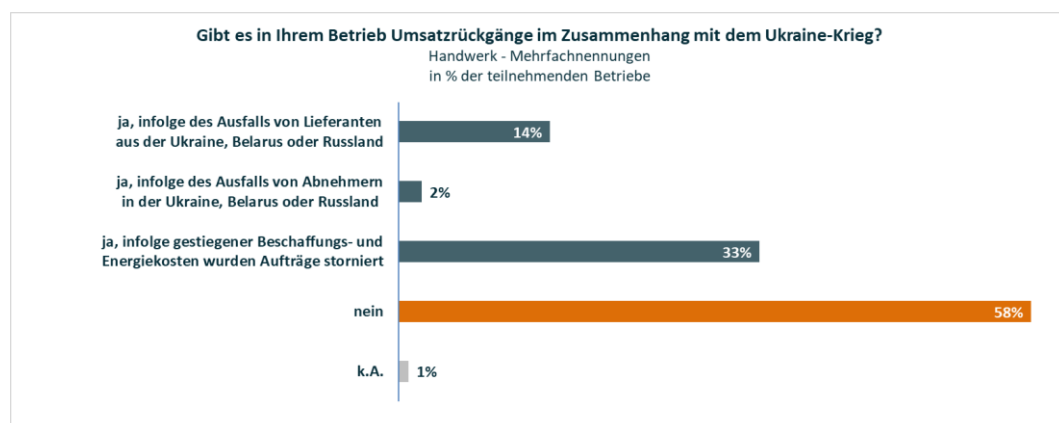
Gemeinsam mit den Handwerkskammern und den Fachverbänden des Handwerks hat der ZDH die Handwerksbetriebe zu den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf ihre Geschäftstätigkeit befragt. Die Betriebsbefragung wurde vom 28. April bis zum 8. Mai 2022 durchgeführt. Insgesamt haben sich 1.898 Handwerksbetriebe beteiligt.

Berlin, 13.05.2022

Kriegsbedingte Umsatzverluste in vielen Handwerksbetrieben

Als stark auf den Binnenmarkt ausgerichteter Wirtschaftsbereich, der etwa 7 Prozent seiner Umsätze im Ausland erzielt, ist das Handwerk insgesamt weniger stark von den unmittelbaren Folgen des Ukraine-Kriegs und den Sanktionen gegen Russland und Belarus betroffen als andere, stärker außenwirtschaftlich orientierte Branchen.

Dementsprechend berichtet die **Mehrheit** der Betriebe (59 Prozent) davon, dass die eigenen **Umsätze bisher nicht durch den Ukraine-Krieg gesunken** sind. Allerdings spüren auch **41 Prozent** die Kriegsfolgen bereits in Form **sinkender Umsätze**. Vor allem die Kfz-Betriebe (65 Prozent) sowie die Bauhandwerke (51 Prozent) und die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (50 Prozent) berichten von Auswirkungen auf ihre Umsätze. In den Gesundheits- und den privaten Dienstleistungsgewerken sind die Auswirkungen (noch) geringer. Hier berichten 77 bzw. 74 Prozent der Betriebe davon, dass der Ukraine-Krieg keine Auswirkungen auf die eigenen Umsätze hat.

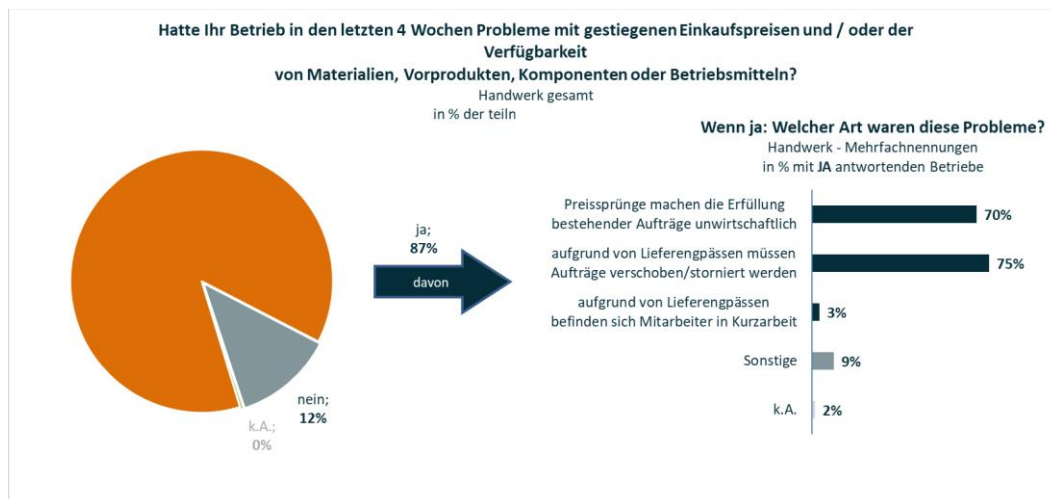


In einem Drittel der Betriebe gab es bereits **Auftragsstornierungen**, weil Kunden nicht bereit waren, höhere Absatzpreise infolge der deutlich gestiegenen Beschaffungs- und Energiepreise zu akzeptieren. Am häufigsten treten Auftragsstornierungen dabei in den Bau- (46 Prozent), den Kfz- (43 Prozent) und den Lebensmittelgewerken (42 Prozent) auf. Bei immerhin 14 Prozent fehlen durch den **Ausfall von Lieferanten** aus Belarus, Russland und/oder der Ukraine Rohstoffe,

Materialien oder Vorprodukte – vor allem in den Kfz-Handwerken (43 Prozent). Die Folge sind Produktionsverzögerungen oder -ausfälle, weil diese Materialien gar nicht oder nur mit Verzögerung über neue Lieferanten beschafft werden können. Deutlich weniger Betriebe (2 Prozent) hatten zudem Umsatzeinbußen, weil die **Abnehmer** in Belarus, Russland und/oder der Ukraine derzeit **ausfallen**. Der Ausfall der Abnehmer aus diesen Ländern trifft vor allem die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (6 Prozent).

Lieferkettenstörungen haben zugenommen

Nachdem die Beschaffungspreise für viele Rohstoffe, Materialien, Betriebsmittel und Hilfsmittel sowie Vorprodukte bereits im letzten Jahr durch Produktionsengpässe und gestörte Logistikketten teilweise massiv angestiegen waren, hat sich diese **Preisdynamik** mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs für viele Waren und vor allem für Energiegüter noch einmal **beschleunigt**. Von **Problemen infolge gestiegener Beschaffungspreise** berichten die Handwerksbetriebe aktuell **beinahe flächendeckend** (87 Prozent). Laut einer früheren Befragung waren es im Februar 2022 noch 71 Prozent. Am stärksten davon betroffen sind aktuell die Bauhandwerke und die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (je 94 Prozent) aber auch die Lebensmittelhandwerke (93 Prozent).



Bei den betroffenen Betrieben führt die hohe Preisdynamik bei den Beschaffungspreisen vor allem dazu, dass **bestehende Aufträge für die Betriebe unwirtschaftlich** werden. 70 Prozent geben an, dass sie mit Aufträgen faktisch Verluste erzielen. Bei sogar drei von 4 Betrieben kommt es derzeit aufgrund fehlenden Materials zu **Verzögerungen bei der Erfüllung von Aufträgen oder gar Auftragsstornierungen**. Dass in der Folge der Produktionsausfälle Beschäftigte in **Kurzarbeit** geschickt werden müssen, ist nach wie vor noch die Ausnahme (3 Prozent).

Die Betroffenenheiten in den verschiedenen Handwerksbranchen sind dabei durchaus unterschiedlich. Von unwirtschaftlichen Aufträgen infolge der gestiegenen Beschaffungspreise berichten vor allem die Bauhaupt- (82 Prozent) und die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (80 Prozent) aber auch die Lebensmittelgewerke (77 Prozent). Während Auftragsverschiebungen oder -stornierungen stärker bei den Kfz- (88 Prozent) sowie den Ausbauhandwerken (83 Prozent) auftreten. Von Kurzarbeit durch fehlendes Material berichten insbesondere die Baubetriebe (10 Prozent).

Aktuell sehen die Handwerksbetriebe besonders häufig **Lieferengpässe** bei Metallen und Elektronikkomponenten. Davon berichten 46 bzw. 41 Prozent. Eine **besonders hohe Preisdynamik** gibt es ebenso bei Metallen (67 Prozent), aber auch bei Kunststoffen (41 Prozent) und Energieträgern (38 Prozent).

Öffentliche Auftraggeber tragen Beschaffungsengpässen nicht ausreichend Rechnung

Die Politik hat die Auswirkungen der Lieferengpässe bei Materialien erkannt. Für bestimmte Baustoffe, für die Belarus und Russland maßgebliche Lieferländer sind, hat die Bundesregierung bei der Vergabe von Bauaufträgen im Bundesbau nochmals eine **möglichst flächendeckende Nutzung von Preisgleitklauseln** vorgegeben und den Beschaffern mehr Flexibilität bei der Verlängerung von Fertigstellungsfristen und stark gestiegenen Erstellungskosten eingeräumt. Für den Liefer- und Dienstleistungsbereich fehlen entsprechende Regelungen derzeit aber noch.

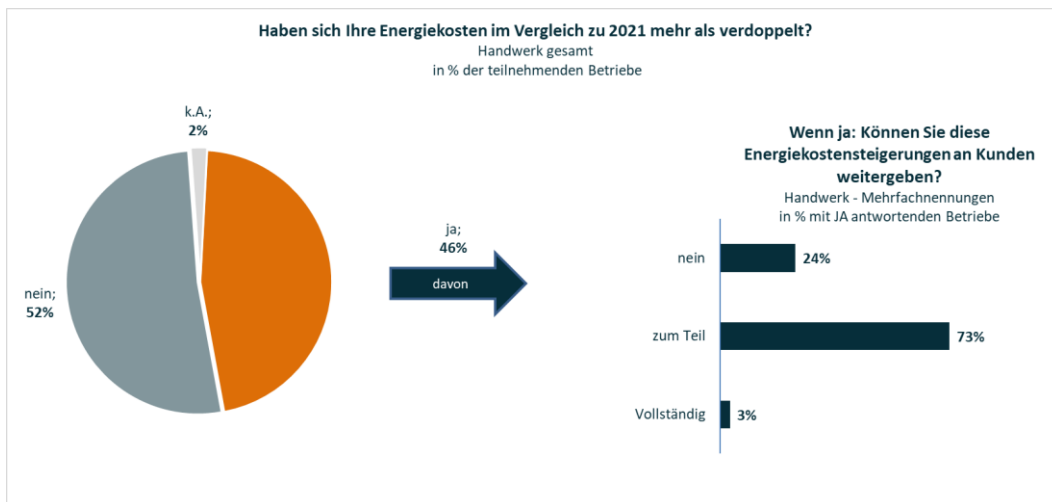
Für den überwiegenden Teil der öffentlichen Auftragsvergaben ist allerdings nicht der Bund, sondern sind die Länder und Kommunen verantwortlich. **In der Breite scheinen vor allem Preisgleitklauseln noch immer nicht in der öffentlichen Vergabepaxis angekommen zu sein.** Nur 19 Prozent der Handwerksbetriebe konnten diese zuletzt bei neuen Ausschreibungen



nutzen. Das ist zwar eine Verbesserung gegenüber dem Sommer des letzten Jahres, als dieser Anteil nur 10 Prozent betrug, aber aufgrund der aktuellen Tragweite der Beschaffungsprobleme noch immer deutlich zu wenig. 18 Prozent der Betriebe haben zudem die Erfahrung gemacht, dass **Fertigstellungsfristen verlängert** wurden, wenn Material nicht wie geplant verfügbar war. Lediglich 10 Prozent berichten von einer (anteiligen) **Übernahme der gestiegenen Beschaffungskosten** durch öffentliche Auftraggeber. Ein nach wie vor hoher Anteil der Betriebe von 45 Prozent konnten bisher **keine Änderungen bei der Beschaffungspraxis** von öffentlichen Stellen feststellen.

Energiekostenbelastung hat stark zugenommen...

Der starke Anstieg der Öl- und Gaspreise und in der Folge auch der Preise für Strom und Wärme an den Energiemärkten hat bereits jetzt bei 46 Prozent der Handwerksbetriebe zu einer **Verdopplung der Energiekosten** im Vergleich zum Niveau des Jahres 2021 geführt. Diesen starken Kostenanstieg können nur sehr wenige Betriebe unmittelbar und umfassend an ihre Abnehmer weitergeben und so ihre Gewinnmargen stabil halten (3 Prozent). 73 Prozent konnten ihre **gestiegenen Kosten** zumindest teilweise **auf die Absatzpreise übertragen**. Allerdings berichten auch 24 Prozent davon, dass die höheren Energiekosten aktuell gar nicht an Kunden weitergereicht werden können.



Überdurchschnittlich häufig von einer Verdopplung ihrer Energiekosten betroffen sind die Betriebe in den Bauhaupt- (56 Prozent), den Kfz- (51 Prozent) und den Handwerken für den gewerblichen Bedarf (49 Prozent) – vor allem aufgrund der stark gestiegenen Kraftstoffpreise. Die vollständige Weitergabe der gestiegenen Kosten gelingt derzeit den Lebensmittel- und den privaten Dienstleistungshandwerken (je 8 Prozent) etwas häufiger als anderen Handwerksbereichen. Betriebe, die ihre gestiegenen Kosten gar nicht an die Abnehmer weitergeben können, finden sich vor allem bei den Kfz-Betrieben (40 Prozent) und den Gesundheitshandwerken (56 Prozent). Die Gesundheitshandwerke dürften auch aufgrund der von den Krankenkassen festgelegten Zuschüssen für viele Medizinprodukte nur geringere Preiserhöhungsspielräume haben als andere Gewerbegruppen.

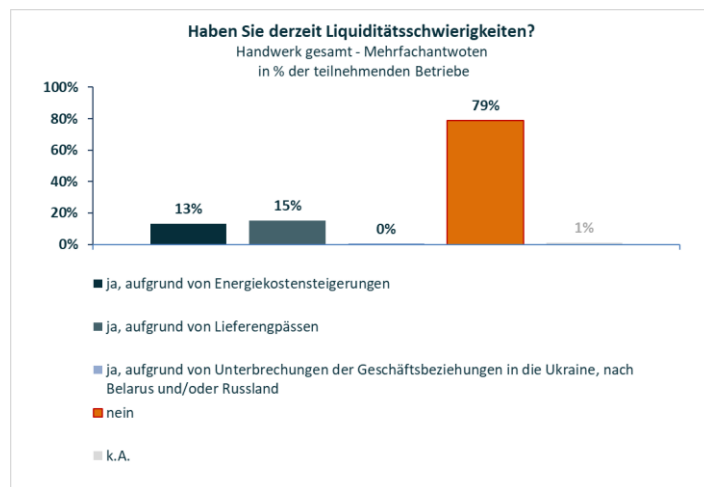
Ein Fünftel der Handwerksbetriebe nutzt Erdgas – bei dem eine besonders hohe Abhängigkeit von Lieferungen aus Russland besteht – für die **Prozesswärme** in seinen Produktionsabläufen. Insbesondere in Betrieben aus den Textilreinigungs-, Lebensmittel- und den Kfz-Gewerken ist dies der Fall. Eine Umstellung von Maschinen und Anlagen auf Strom oder Wasserstoff als Energieträger ist kurzfristig nicht möglich und mit **hohen Investitionskosten** verbunden. Um diese Investitionskosten, aber auch die im Vergleich zu Erdgas absehbar **höheren Beschaffungspreise**, beispielsweise für Wasserstoff, tragen zu können, sind diese Betriebe auf Unterstützung angewiesen. Eine (weitgehende) **Entlastung von diesen Mehrkosten**, etwa über Verträge mit entsprechenden staatlichen Stellen (bspw. Carbon Contracts for Difference), wäre zugleich auch eine Würdigung für ihren Beitrag zum Umbau der Energieversorgung.

...und gefährdet die Liquidität vieler Handwerksbetriebe

Die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs in Form von Lieferengpässen sowie hohen Beschaffungs- und Energiepreisen werden sich erst im Zeitverlauf voll auf die Geschäftstätigkeit der Handwerksbetriebe auswirken. Aber bereits aktuell spürt jeder fünfte Betrieb **finanzielle Engpässe** im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg: 15 Prozent der Betriebe, weil Rohstoffe, Materialien und Vorprodukte fehlen, 13 Prozent, weil die Energiekosten stark zugenommen haben und sie ihre gestiegenen Arbeitskosten nicht ohne Weiteres an die Abnehmer weitergeben können. 1 Prozent, weil Lieferanten,

Abnehmer und Auftraggeber in Belarus, Russland und/oder der Ukraine momentan ausfallen.

Obwohl 87 Prozent der Lebensmittelbetriebe höhere Energiekosten ganz oder teilweise an Abnehmer weitergeben können, scheint dies nicht immer ausreichend zu sein, um die betriebliche Liquidität zu sichern. Denn zugleich berichten 23 Prozent der Lebensmittelbetriebe von liquiditätsgefährdenden Energiekostensteigerungen. Aufgrund von Lieferengpässen kommt es derzeit vor allem bei den Handwerken für den gewerblichen Bedarf (19 Prozent) sowie den Bau- und Ausbauhandwerken (17 bzw. 16 Prozent) zu Liquiditätseinschränkungen.



Trotz breiter Betroffenheit erfüllt die Mehrheit der Handwerksbetriebe nicht die Zugangsvoraussetzungen zu den KfW-Sonderprogrammen

Die Sonderprogramme auf Darlehensbasis zur Abmilderung der Kriegsfolgen sind für Unternehmen vorgesehen, die in besonderem Maße von Umsatzrückgängen, Produktionsausfällen, Schließungen von Produktionsstätten oder gestiegenen Energiekosten betroffen sind. Allerdings sind die konkreten Bedingungen sehr eng gefasst, weshalb voraussichtlich nur ein kleiner Teil der Betriebe Zugang zu den Fördermitteln haben wird und das trotz weitreichender Betroffenheit bezüglich Lieferengpässen bzw. hohen Beschaffungs- und Energiekosten im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg. Lediglich 17 Prozent der antwortenden Betriebe schätzen, eines oder mehrere Kriterien zur Inanspruchnahme der Unterstützungsdarlehen zu erfüllen. Dabei fallen in den Lebensmittelgewerken „nur“ 59 Prozent der Betriebe durch das Kriterien-Raster, während es bei Ausbau-, Gesundheits- und persönlichen Dienstleistungsgewerken jeweils mehr als 80 Prozent sind.

Jeweils 9 Prozent erfüllen das Kriterium des **Produktionsausfalls** durch fehlende und bisher maßgeblich aus Belarus, Russland und der Ukraine bezogene Rohstoffe, Materialien und Vorprodukte bzw. der besonderen Betroffenheit durch gestiegene Energiekosteneines bei einem **Energiekostenanteil von mindestens 3 Prozent** vom Umsatz. Da die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Versorgung mit Rohstoffen, Materialien und Betriebsmitteln derzeit durch bestehende Vorräte noch gedämpft werden, muss davon ausgegangen werden, dass zunehmend mehr Betriebe das Kriterium des Produktionsausfalls erfüllen werden. 5 Prozent der Betriebe verzeichnen einen Umsatzrückgang durch die nun **fehlenden Absatzmärkte** in den drei Staaten. Hinzu kommt jeweils 1 Prozent, das von **Produktionsausfällen oder geschlossenen Produktionsstätten** in Belarus, Russland und/oder der Ukraine betroffen ist.

Handwerk steht bereit für die Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung

Viele der Geflüchteten aus der Ukraine im erwerbsfähigen Alter verfügen über auch im Handwerk gefragte Qualifikationen und kommen damit für eine Beschäftigung in den Betrieben in Frage. Immerhin **11 Prozent** der Betriebe sind dementsprechend bereits aktiv und **werben um geflüchtete ukrainische Fachkräfte und Auszubildende**. 1 Prozent konnte sogar bereits offene Stellen und Ausbildungsplätze mit Personen aus der Ukraine besetzen. Besonders aktiv sind dabei aktuell vor allem die Lebensmittelgewerke, die sowohl hinsichtlich des Anteils der Betriebe, die bereits offene Stellen mit ukrainischen Geflüchteten besetzt haben, als auch beim Anteil der Betriebe, die sich aktiv um diese bemühen.

Da die Geflüchteten aus der Ukraine ohne Weiteres auf dem deutschen Arbeitsmarkt aktiv werden dürfen und auch die Anerkennung ihrer Qualifikationen klar geregelt ist, wird vor allem die Erlangung der für die meisten Tätigkeiten im Handwerk unerlässlichen **Sprachkenntnisse entscheidend** dafür sein, wie schnell und erfolgreich die Integration funktioniert.

Ansprechpartner: René Rimpler

Abteilung: Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik
+49 30 20619-263
rimpler@zdh.de · www.zdh.de

Herausgeber:

Zentralverband des Deutschen Handwerks
Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin
Postfach 110472 · 10834 Berlin

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit mehr als 5 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter www.zdh.de